

### 3. Rechte von trans- und intergeschlechtlichen Menschen gewährleisten

**Trans- und intergeschlechtliche Menschen haben in einer Reihe von EU-Staaten kein verbrieftes Recht, über ihren Körper und ihr Geschlecht selbstbestimmt entscheiden zu können.** Stattdessen werden sie pathologisiert und ihre Menschenrechte auf körperliche Unversehrtheit und Würde massiv verletzt.

So unternehmen Ärzte und Ärztinnen bis heute **unnötige Genitaloperationen an intergeschlechtlichen Kindern.** Für eine **rechtliche Anerkennung** ihrer Geschlechtsidentität oder um Zugang zu notwendigen medizinischen Maßnahmen zu bekommen, müssen transgeschlechtliche Menschen in einigen EU-Staaten noch immer chirurgische Eingriffe vornehmen lassen oder entwürdigende Zwangsbegutachtungen durchlaufen.

Nach und nach erkennen immer mehr Länder an, dass es nicht nur den **Personenstand** „männlich“ oder „weiblich“ gibt. Es braucht aber – schon einen aus Gründen der **Freizügigkeit** - einen umfassenden rechtlichen Rahmen für Personen, die sich in diesen Optionen nicht wiederfinden.

#### ***3.1 Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Menschenrechtsverletzungen an trans- und intergeschlechtlichen Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU endlich beendet werden?***

##### **CDU/CSU**



Grundsätzlich gilt: Wir stehen für ein Europa der Werte und treten Diskriminierung – egal welcher Art – entschieden entgegen. Bereits seit 2000 gibt es eine EU-Richtlinie, die einen weitreichenden Rahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung, u. a. wegen der sexuellen Ausrichtung, in Beschäftigung und Beruf vorschreibt. Unabhängig von der o. g. Richtlinie gilt seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Verpflichtung aus der

Europäischen Grundrechtecharta, nach der Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung im Anwendungsbereich des Europarechts verboten sind.

##### **SPD**



Die SPD begrüßen die Veröffentlichung der Berichte des Menschenrechtskommissars des Europarates und der Agentur der EU für Grundrechte über die Menschenrechte von Intersexuellen von Mai 2015. Diese Berichte zeigen, dass Intersexuelle in ganz Europa weiterhin in ihren Grundrechten verletzt werden. Es ist an der Zeit, dass die Europäische Kommission handelt.

Die Anerkennung des rechtlichen Geschlechts einer Person unterliegt der Regelung der nationalen Zuständigkeit. In der EU stellen heute jedoch 13 Mitgliedstaaten Anforderungen an Transsexuelle wie medizinische Interventionen, um das veränderte Geschlecht (auch in Pässen und amtlichen Ausweisen) anerkennen zu lassen, und Zwangssterilisation als Voraussetzung für eine Geschlechtsumwandlung. Solche Anforderungen sind eindeutig Menschenrechtsverletzungen.



super



ja



vage



nein



gefährlich

**Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.**  
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Auf der Grundlage der Entscheidungen des EGMR fordern wir,

- dass die Mitgliedstaaten die Geschlechtsumwandlung anerkennen und **Zugang zu schnellen, zugänglichen und transparenten Verfahren zur rechtlichen Anerkennung von Geschlechtern gewähren, ohne medizinische Anforderungen**, wie Operation oder Sterilisation oder psychiatrische Zustimmung. Die Entscheidung darf nur auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Person erfolgen. Transgender müssen ihr neues Geschlecht rückwirkend und unter voller Achtung ihrer Privatsphäre in offiziellen Dokumenten anerkannt bekommen.
- dass die Mitgliedstaaten **medizinische Versorgung und Gesundheitsversorgung** anbieten, die den Bedürfnissen der Einzelnen nachkommt und Patienten **nicht aufgrund von Geschlechterstereotypen** vorverurteilt.
- dass die Europäische Kommission den **Mitgliedstaaten Leitlinien über die besten Gesetzesmodelle zur rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter** in Europa zur Verfügung stellen soll.

Die SPD hat in den letzten Jahren sowohl im Europarat als auch im Europäischen Parlament zu klaren Positionen in dieser Frage beigetragen. Unter sozialdemokratischen Regierungen sind Länder wie Spanien, Portugal, Dänemark, Malta und Irland zu Vorreitern bei der vollständigen Einhaltung dieser Grundsätze geworden.

Wir werden weiterhin Druck auf die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausüben, damit in Richtung **Deklassifizierung von Transgenderismus als psychische Erkrankung** in der Internationalen Statistischen Klassifikation von Krankheiten und damit zusammenhängenden Gesundheitsproblemen. Wir wollen, dass diejenigen Zugänge zu transspezifischen Gesundheitsdiensten haben, die ihn benötigen.

**Bündnis 90 /Die Grünen**



In Ländern wie Irland, Malta und Dänemark können Trans\*-Personen bereits eine Anpassung der Geschlechtszugehörigkeit vornehmen, ohne sich einem entwürdigenden Gutachten zu unterziehen. **Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch einen unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden.** Eine Geschlechtszugehörigkeit kann schließlich nur von den betroffenen Menschen selbst festgelegt werden.

**Die Linke**



DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen, die die Menschenrechte von Trans\* und Inter\* stärken. **DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Menschen ohne Hürde ihr Geschlecht und ihren Vornamen frei wählen dürfen. Ein europaweites Verbot von geschlechtszuweisende Operationen** an intergeschlechtlichen Menschen vor der Einwilligungsfähigkeit ist dringend erforderlich. Die Begutachtung sollte überall für transgeschlechtliche Menschen ersatzlos entfallen.

Hierzu leistet unsere Partei zum Beispiel durch Delegationen zu osteuropäischen CSDs einen ganz konkreten Beitrag, zudem legt die Spitzenkandidatin der Europäischen Linken (EL), Violeta Tomić aus Slowenien, als langjährige Kämpferin für LSBTTIQ\*-Rechte einen besonderen Blick auf die Situation in den Ländern, in denen Homosexualität nach wie vor gesellschaftlich verfolgt wird.



**Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.**  
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

AfD



Unfraglich gibt es in einigen osteuropäischen Ländern in Bezug auf Diskriminierungsschutz und Rechtsgewährleistung Nachholbedarf im hier in Frage stehenden Bereich. **Möchte man dies beheben, bedarf es der adäquaten Mittel der Angleichung. Diese stellt die EU-Bürokratie nicht bereit.**

Gehen wir davon aus, dass z. B. das spanische und deutsche Volk im LSBTI-Bereich besonders tolerante Einstellungen haben und auch tatsächliche Rechte für diese Menschen garantieren, so haben solche Nationen vorzuleben, wie derlei erfolgreich unter Wahrung unterschiedlicher Traditionen gelingt. So könnten Mentalitätsunterschiede abgebaut werden und wünschenswerte Verbesserungen für LSBTI-Bürger erreicht werden. Wir trauen die Begleitung dieses Prozesses aber der EU keineswegs zu. Wir denken, dass die EU durch zuviel und verheerende Rahmengesetzgebung einen erfolgreichen Weg Spaniens oder Deutschlands als Nationen grundsätzlich verhindert, so leben gleichgeschlechtlich Liebende durch den Zivilisationsbruch von geduldeten Grenzöffnungen, die so nur durch EU-Politik möglich geworden sind, nicht sicherer. Dieses sehen die osteuropäischen Nationen genau. Sie werden vor Diskriminierung nur dann vermehrt schützen und LSBTI-Rechte gewährleisten wollen, wenn dies von der Androhung anderweitigen EU-Zwängen gehorchen zu müssen, getrennt wird. Wir alle gemeinsam werden dies in Europa überhaupt nur noch können, wenn Parteien wie die Alternative für Deutschland gewählt werden.

FDP



Das **Recht auf körperliche Unversehrtheit und die Notwendigkeit der Einwilligung in medizinische Maßnahmen muss in der Europäischen Union gewahrt** sein. Wir werden uns daher im Rahmen der Kompetenzen der EU entsprechend einsetzen.

Freie Wähler



Wir unterstützen in Deutschland die Neufassung der S2k -Leitlinie „Varianten der Geschlechtsentwicklung“, welche in Zusammenarbeit mit Patientenorganisationen eine Neufassung der Diagnose und Behandlungsmöglichkeiten erarbeitet hat. Besonders die **Begrenzung von operativen Eingriffen bei nicht-einwilligungsfähigen Kindern** sehen wir **als Vorbild für die gesamte EU.** Hierzu muss auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention ein Dialog mit allen Mitgliedsstaaten geführt werden.

Piraten



Wir setzen uns dafür ein, **geschlechtszuordnende Operationen bei Kindern** zu verhindern, wenn deren Selbstbestimmung dadurch eingeschränkt wird.



super



ja



vage



nein



gefährlich

**Tierschutzpartei**

Siehe Frage 8



(Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht geduldet werden. Die **PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ** wird ihnen entschieden entgegenzutreten. Wir möchten **LSBTI-Menschenrechtsverteidiger\*innen** und **Hilfsorganisationen** mehr Gehör verschaffen, ihre Einflussmöglichkeiten stärken sowie ihnen

Fördermittel zur Verfügung stellen. Zudem werden wir nachdrücklichst auf die Einhaltung der Handlungsempfehlungen und Leitlinien bestehen.)

**Familienpartei**



Alle Menschenrechtsverletzungen müssen endlich beendet werden. Zunehmend werden in fast allen Staaten unserer Erde Menschenrechte auf den verschiedensten Gebieten verletzt. Wir benötigen dringend eine breit angelegte globale Wertediskussion. Die Ziele dabei müssen sein, dass verbindliche Regelungen für alle Staaten getroffen werden. Da darf sich Europa und Deutschland nicht aus der Verantwortung stellen. Staaten die

gegen die Menschenrechte verstoßen müssen die ganze Härte unserer globalen Wertegemeinschaft spüren. Öffentliche Ächtung und Sanktionen sind dabei zwingend notwendig. Die Kommunikation zwischen den Staaten sollte dabei jedoch einhergehen. Gespräche die nicht nur das Unrecht aufzeigen, sondern auch die Wahrung der Menschenrechte in den betroffenen Staaten zukünftig herbeiführt. Bezüglich sexueller Ausrichtung und Geschlechtsidentitäten wurden diese bereits in die offene Liste der Diskriminierungsgründe aufgenommen durch UN-Vertragsorgane auf der Grundlage einschlägiger UN-Pakte. Das Europäische Parlament hat dazu bereits im Jahr 2009 die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) aufgefordert, die Situation von LSBTI nach dem Inkrafttreten restriktiver Rechtsvorschriften in Bezug auf ihre Rechte in einigen EU-Mitgliedstaaten zu untersuchen. Hierbei wurden erhebliche Unterschiede bei der Entwicklung im Bereich der Gesetzgebung, beim Umgang von Menschenrechtsverletzungen und Anwendungen bestehender Gesetze deutlich. **Wir treten dafür ein, dass EU-Gesetzgebung mit einem einheitlicheren Ansatz zur Erfüllung zur Wahrung der Menschenrechte und zum Schutz der Diskriminierung verbindliche und rechtssichere, ohne Interpretationsspielräume, Gesetze entwickelt und umsetzt, mit dem Grundsatz der Gleichheit. Dieses werden wir in den Ausschüssen und im Parlament forciert vorantreiben.** Unmissverständliche gleiche Rechte und Pflichten in allen EU Staaten.

***3.2 Wie wird sich Ihre Partei für die rechtliche Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern einsetzen?***

**CDU/CSU**



Wir achten das Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen. So soll in Deutschland nach einer Änderung des Personenstandsgesetzes bei der Geburt künftig neben den Angaben "weiblich" und "männlich" oder der "Eintragung des Personenstandsfalls ohne eine solche Angabe" auch die Bezeichnung "divers" gewählt werden können, wenn das Kind weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden kann. Über

diese Frage sollen die Mitgliedsstaaten eigenständig entscheiden.



super



ja



vage



nein



gefährlich

**Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.**  
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

**SPD**



**Ja, wir wollen, dass trans- und intergeschlechtlichen Menschen in ganz Europa auch rechtlich anerkannt werden.** Deshalb war es wichtig, dass wir 2018 die Reform im Melde- und Personalausweisrecht durchgesetzt haben: Sowohl das Geburtenregister, wie auch im Personalausweis kann daher jetzt neben „männlich“ und „weiblich“ auch „divers“ offiziell eingetragen werden.

**Bündnis 90 / Die Grünen**



**Operationen** zur so genannten Geschlechtsanpassung und -zuweisung an intergeschlechtlichen Säuglingen und Kindern müssen in Europa grundsätzlich verboten werden. **Wir plädieren für eine dritte Option im Personenstandsrecht in allen EU-Mitgliedstaaten.**

**Die Linke**



DIE LINKE tritt für mehr als nur zwei Geschlechter ein. Zusammen mit den Betroffenenorganisationen sollte weitere Optionen erarbeitet werden.

**AfD**



Unfraglich gibt es in einigen osteuropäischen Ländern in Bezug auf Diskriminierungsschutz und Rechtsgewährleistung Nachholbedarf im hier in Frage stehenden Bereich. **Möchte man dies beheben, bedarf es der adäquaten Mittel der Angleichung. Diese stellt die EU-Bürokratie nicht bereit.**

Gehen wir davon aus, dass z. B. das spanische und deutsche Volk im LSBTI-Bereich besonders tolerante Einstellungen haben und auch tatsächliche Rechte für diese Menschen garantieren, so haben solche Nationen vorzuleben, wie derlei erfolgreich unter Wahrung unterschiedlicher Traditionen gelingt. So könnten Mentalitätsunterschiede abgebaut werden und wünschenswerte Verbesserungen für LSBTI-Bürger erreicht werden. Wir trauen die Begleitung dieses Prozesses aber der EU keineswegs zu. **Wir denken, dass die EU durch zuviel und verheerende Rahmengesetzgebung einen erfolgreichen Weg Spaniens oder Deutschlands als Nationen grundsätzlich verhindert,** so leben gleichgeschlechtlich Liebende durch den Zivilisationsbruch von geduldeten Grenzöffnungen, die so nur durch EU-Politik möglich geworden sind, nicht sicherer. Dieses sehen die osteuropäischen Nationen genau. Sie werden vor Diskriminierung nur dann vermehrt schützen und LSBTI-Rechte gewährleisten wollen, wenn dies von der Androhung anderweitigen EU-Zwängen gehorchen zu müssen, getrennt wird. Wir alle gemeinsam werden dies in Europa überhaupt nur noch können, wenn Parteien wie die Alternative für Deutschland gewählt werden.



**Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.**  
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

**FDP**



Das Personenstandsrecht der Mitgliedstaaten bedarf einer gemeinsamen Grundlage. Wenn hier kurzfristig keine einheitliche Regelung möglich ist, so müssen zumindest Entscheidungen der Mitgliedstaaten zur dritten Geschlechtsoption diskriminierungsfrei in anderen Mitgliedstaaten der EU respektiert werden. Dies erfordert schon die **Freizügigkeit** innerhalb des Binnenmarktes.

**Freie Wähler**



Auf Basis des Grundgesetzes und der einfachen Gesetze kann jeder Mensch in unserer freiheitlichen Gesellschaft seine sexuelle Orientierung nach seinen Überzeugungen leben. Mit der Anerkennung des dritten Geschlechts in Deutschland sind bei uns erste Schritte zu einer rechtlichen Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern erfolgt. Diese rechtlichen Änderungen wollen wir in regelmäßigen Abständen prüfen und die **Erkenntnisse im europäischen**

**Kontext diskutieren.**

**Piraten**



Wir vertreten eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung respektiert und fördert. Aus unserer Sicht ist der Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen sowie die **Erfassung des Merkmals "Geschlecht" durch staatliche Behörden abzuschaffen**. Übergangsweise, soweit verhandelbar, kann die Erfassung seitens der Staaten durch eine von den Individuen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen.

**Tierschutzpartei**



Die Geschlechteridentität ist nicht verhandelbar! Während etliche Staaten in der Anerkennung der Intersexualität als 3. Geschlecht voranschreiten, ist diese in den meisten Ländern – so auch innerhalb der EU – noch nicht angekommen.

**Wir fordern eine EU-übergreifende und juristische Anerkennung der Intersexualität als eigenes Geschlecht.**

**Familienpartei**



**Das betrachten wir nicht als notwendig.** Es würde nur weitere bürokratische Hürden schaffen und dabei noch zusätzliche Barrieren in den Köpfen der Menschen platzieren. Wir müssen die Grundlage schaffen dass alle Menschen geschlechtsneutral ein selbstbestimmtes Leben führen können. Frei von Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen. Daher bedarf es nach unserer Auffassung nach keine spezielle Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

